



Finanzkrise spielte große Rolle

Presseartikel vom 19.12.08:

Das Wort des Jahres 2008 hat auch die Arbeit des oberbergischen Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Flosbach im zurückliegenden Jahr geprägt. Mit der „Finanzkrise“ habe er vor allem in der zweiten Jahreshälfte als Finanzpolitiker viel zu tun gehabt: „Viele Gesetze, die in diesem Jahr entstanden oder noch in Arbeit sind, hängen direkt, aber auch indirekt damit zusammen.“ Drei aktuelle Beispiele aus der Bundespolitik nennt Flosbach.

Erstens sollen die Spareinlagen jetzt auch europaweit noch höher abgesichert werden. „Das war ein Thema auf dem EU-Gipfel im Dezember“, erklärt der CDU-Politiker. Flosbach betreut die so genannte Einlagensicherung innerhalb der CDU/CSU-Fraktion. In Deutschland seien die Geldanlagen sehr gut vor Bankpleiten geschützt, Sparer und Unternehmen seien aber über die Landesgrenzen hinaus aktiv.

Ein zweites Beispiel sind die langfristigen Arbeitszeitkonten: Wenn Firmen infolge der schlechteren Wirtschaftsaussichten weniger Aufträge haben, sind flexible Arbeitszeiten hilfreich, weiß Flosbach. Bisher gebe es noch zu wenig solcher langfristiger Zeitguthaben. Das soll sich nach dem Willen der Bundesregierung ändern. „Wenn sich die flexiblen Arbeitszeitkonten auf längere Sicht durchsetzen, könnten sie auch in der Krise noch stärker

helfen. Beschäftigte können in guten Zeiten viel arbeiten und auf dem Zeitkonto ein Guthaben ansparen. Wenn der Konjunkturmorgen sich verdunkelt, werden Mitarbeiter nicht gleich arbeitslos. Die Arbeitgeber halten Fachkräfte in ihrem Unternehmen“, erklärt der Abgeordnete. Die Bundesregierung habe jetzt auch die Sicherheit der Konten verbessert für den Fall, dass ein Arbeitgeber zahlungsunfähig wird.

Das dritte Beispiel sind neue Finanzierungsquellen für junge und mittelständische High-Tech-Unternehmen. Mit Hilfe des sogenannten Wagniskapitals könnten sie jetzt besser gefördert werden. „Gerade wenn bei Großunternehmen Flaute ist, wird Geld gebraucht, um pfiffige neue Ideen aus dem Mittelstand umzusetzen“, begründet Flosbach das dazugehörige Gesetz.

Die Große Koalition habe eine Menge auf die Reihe bekommen, obwohl sie eher ein Pflichtbündnis aus staatspolitischer Verantwortung als eine Liebesheirat zwischen Union und SPD gewesen sei. Einem Kompromiss der Koalition konnte Flosbach allerdings nicht zustimmen: der Erbschaftssteuerreform. Zwei zentrale Regelungen hätten seinen politischen Überzeugungen widersprochen, erklärte Flosbach: „Erstens: Geschwister werden unverhältnismäßig hoch belastet. Das ist mit der Stärkung der Familien nicht zu

vereinbaren. Zweitens: Wir sind mit dem Ziel angetreten, die Familienbetriebe bei Fortführung des Betriebes ganz von der Steuer zu befreien. Das ist nicht in jedem Fall gewährleistet.“

Mit Rückenwind aus seinem Kreisverband startet Klaus-Peter Flosbach in das Wahljahr 2009. 100% der CDU-Delegierten nominierten ihn als Bundestagskandidaten für den Oberbergischen Kreis. Seit 2002 vertritt Flosbach diesen Kreis im Bundestag, im kommenden September wird der Bundestag neu gewählt.

Schon über tausend Oberberger haben sich in Flosbachs Berliner Büro für 2009 zu einem Bundestagsbesuch angemeldet. Darunter allein 20 Schulklassen, freut sich der Abgeordnete: „Es gibt nichts Anschaulicheres für Politik- und Geschichtsunterricht, als eine Reise ins politische und historische Berlin.“

Rund 1000 Anliegen erreichen Flosbach pro Jahr per Telefon, E-Mail und Post. Besonders viele Zuschriften erhielt Klaus-Peter Flosbach 2008 zum Thema Stammzellenforschung. „Ich habe mich gefreut, dass die meisten meine Meinung teilten und sich gegen Forschung an embryonalen Stammzellen aussprachen.“ Der Bundestag entschied jedoch mehrheitlich für die Forschung und verschob den Stichtag für das Importverbot embryonaler Stammzellen.



Die Woche im Parlament

In dieser Woche haben wir über den Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten **Operation „ATALANTA“** (EU NAVFOR) entschieden. Wie die jüngsten Vorfälle zeigen, wird Piraterie am Horn von Afrika zunehmend zum Problem für die zivile Seefahrt in der Region. Die Operation ATALANTA soll die vor der Küste Somalias operierenden Piraten abschrecken und bekämpfen. Ziel ist es, zum einen die durch Piratenüberfälle gefährdete humanitäre Hilfe für die Not leidende somalische Bevölkerung sicher zu stellen. Zum anderen soll die Operation den zivilen Schiffsverkehr auf den dortigen Handelswegen sichern, Geiselnahmen und Lösegelderpressungen unterbinden und das Völkerrecht durchsetzen. Vorgesehen ist eine deutsche Beteiligung bis Dezember 2009 mit einer Fregatte und einer maximalen Obergrenze von 1.400 Soldatinnen und Soldaten. Im Falle von piraterieverdächtigen Zwischenfällen sollen auch deutsche Kräfte aus der Operation Enduring Freedom (OEF) oder aus Vorhaben der Ständigen Einsatzverbände der NATO bei Bedarf und Verfügung im Rahmen der Obergrenze herangezogen werden können.

In zweiter und dritter Lesung verabschiedeten wir das **Krankenhausfinanzierungsreformgesetz**, mit dem die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser verbessert werden soll. Dieses erfolgt u.a. durch :

- die Refinanzierung der tarifvertraglich vereinbarten Lohn- und Gehaltssteigerungen durch die Krankenkassen zu 50 Prozent,
- ein Förderprogramm zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals,
- die Entwicklung einer Alternative zur bisherigen Grundlohnbindung der Krankenhauspreise und
- eine verbesserte Finanzierung in der Psychiatrie.

Ebenfalls beschlossen wurde das **Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis** sowie zur Änderung weiterer Vorschriften zur Entscheidung. Damit wird der elektronische, mit biometrischen Merkmalen versehene Personalausweis ab 1. November 2010 eingeführt. Die Aufnahme von Fingerabdrücken ist optional. Sie schützt vor missbräuchlichem Gebrauch z. B. von gestohlenen Dokumenten. Ebenfalls optional kann eine elektronische Signatur gespeichert werden, die den elektronischen Geschäftsverkehr erleichtert. Neben einem deutlichen Sicherheitsgewinn wird die Verbesserung des Internetgeschäftsverkehrs positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland haben.



**Ich wünsche allen
Leserinnen und
Lesern des Berlin-
Reports ein frohes
Weihnachtsfest
und ein gesundes
Neues Jahr!**

KONTAKT

Klaus-Peter Flosbach MdB
Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: (030) 227-71 401
Fax: (030) 227-76 301
Mail: klaus-peter.flosbach@bundestag.de